Die aktuellen Hitzewellen und Dürre-Katastrophen weltweit machen uns die Dringlichkeit des Klima- und Umweltschutzes schmerzhaft bewusst. Wir wollen von Ihnen erfahren, ob Sie bereit sind diese wichtigsten Probleme unserer Zeit konsequent und mit großem Engagement anzugehen.

- 1. Frage: Enkeltaugliche Zukunft: Ist Ihnen bewusst, dass es nicht darum geht "den Planeten" zu retten, denn die Erde existiert auch ohne Menschen noch einige Milliarden Jahre. Im weitesten Sinne gibt es auch keinen Klima- und Umweltschutz, sondern nur den Schutz des Menschen vor sich selbst. Es geht darum, das Fortbestehen der Menschheit zu sichern. Wir brauchen großes Engagement, um das Überleben unserer Kinder und Enkel zu ermöglichen. Wir haben maximal 2 Legislaturperioden Zeit, um eine Kurskorrektur zu vollziehen und Klimaneutralität zu erreichen. Stimmen Sie diesen Aussagen zu?
- **2. Frage:** Pariser Klimaabkommen: Das Pariser Klimaabkommen ist auch für Tirol bindend. Planen Sie das Ziel die Erderhitzung auf +1.5 °C zu begrenzen, in die Tiroler Landesordnung aufzunehmen, oder als Alternative ein Klimaschutzgesetz auf Landesebene einzuführen?
- 3. Frage: Klimacheck für alle neuen Gesetze und Förderungen: Werden Sie neue Gesetze, Verordnungen, Erlässe und Richtlinien, sowie vom Land Tirol bereitgestellte Fördermöglichkeiten auf Ihre Klimaauswirkungen hin untersuchen und nur solchen Förderungen, Gesetzen, Verordnungen, Erlässen und Richtlinien zustimmen bzw. solche beschließen, die positive Auswirkungen auf das Klima haben? Bestehende Gesetze und Förderungen, welche klimaschädigende Auswirkungen haben, müssen klimafreundlicher gestaltet werden. Die Ergebnisse des Klimachecks für Gesetze (Einführung Juli 2022) müssen rechtlich bindend sein. Stimmen Sie dem zu?
- **4. Frage:** Beauftragter für die künftigen Generationen: Befürworten Sie die Idee, die Stelle eines "Beauftragten für die künftigen Generationen" zu schaffen? Vorbild wäre Wales mit Sophie Howe in der Funktion eines "Future Generations Commissioner", eine Lobbyistin für die zukünftige Generationen. Alle Gesetzesvorlagen der walisischen Regierung werden von ihr dahingehend überprüft, ob sie die Interessen der Jüngeren auch genügend berücksichtigen. Siehe auch: "Meet the world's first 'minister for future generations" <a href="https://www.theguardian.com/world/2019/mar/02/meet-the-worlds-first-future-generations-commissioner">https://www.theguardian.com/world/2019/mar/02/meet-the-worlds-first-future-generations-commissioner</a>
- **5. Frage:** Unterstützung der Klimaneutralität 2040: Der Klima-Fahrplan auf EU- und Bundesebene sieht Klimaneutralität bis 2040 vor. Bereits 2030 soll der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen kommen. Decken sich diese Ziele mit Ihren zukünftigen Zielen in der Landespolitik?
- **6. Frage:** Erstellung eines Klima- und Energiekonzepts:
- a) Sind Sie dafür, dass es auf Landesebene ein Klima- und Energiekonzept mit der Ausrichtung "Klimaneutralität bis 2040" und einem festgelegten Treibhausgas-Budget gibt und dessen Umsetzung jährlich öffentlich evaluiert wird?
- b) Soll dieser Klima-Fahrplan auch im Landtag beschlossen werden?

Anmerkung zur 6. Frage: Es existieren bereits die "Energie-Ziel-Szenarien Tirol 2050 und 2040 mit Zwischenzielen 2030 vom September 2021"

(https://www.uibk.ac.at/bauphysik/forschung/projects/tirol2050/21-08-27\_bericht-szenarien-2050-

und-2040-final.pdf): In diesem Plan wird der Anlagenzubau beschrieben, der nötig ist, um bis 2050 vollständig auf regenerative Energien umzustellen.

- **7. Frage:** Reduktion Bodenverbrauch / Versiegelung: Die Raumordnung hat einen bedeutenden Einfluss auf das Verkehrsaufkommen. Der Sektor Verkehr ist in Tirol für einen großen Teil der CO2-Emissionen verantwortlich. Gemäß Programm der österreichischen Bundesregierung soll der Bodenverbrauch möglichst gering gehalten werden und die jährliche Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf ein 1/4 der jetzigen Bodenverbrauchsrate reduziert werden. Sind Sie für eine umfassende Reform der Tiroler Raumordnung sowohl auf Landes-, als auch auf Gemeindeebene zur Verhinderung weiterer Zersiedelung und Versiegelung der Tiroler Landschaften?
- **8. Frage:** Biodiversität: Eine von der EU Kommission in ihrer Biodiversitätsstrategie geforderte Maßnahme ist es, 30% der Land- und Meeresflächen außer Nutzung und unter Naturschutz zu stellen. Setzen Sie sich dafür ein, in Tirol 30% der nutzbaren Landesflächen langfristig unter Naturschutz oder außer Nutzung zu stellen und versiegelte Flächen wo es möglich ist zu begrünen?

## **9. Frage:** Mobilität:

- a) Soll im Land Tirol das Angebot bzw. die Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr und den öffentlichen Verkehr deutlich ausgebaut werden mit entsprechender Umschichtung der finanziellen Mittel?
- b) Sind Sie bereit, zur Mobilitätswende auch dadurch beizutragen, dass das Land auf Maßnahmen verzichtet, die den Pkw-Verkehr weiter erhöhen würden?
- **10. Frage:** Agrarwende: Im Zuge der aus Klimaschutzgründen notwendigen Agrarwende wird der Bedarf an pflanzlichen Proteinquellen weltweit steigen.
- a) Sind Sie für die Stärkung einer nachhaltigen, biologischen und regionalen Landwirtschaft in Tirol, die auch einen Schwerpunkt setzt auf Unterstützung rein pflanzlicher Lebensmittelproduktion und Veredelung (zB: Leguminosenanbau, Glashäuser, Bäume, Tofuproduktion, Pflanzenfleisch, Pilzzucht...)?
- b) Werden Ihrer Meinung nach in den Landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten die klimatreibende Wirkung der Rinderhaltung und des Konsums von tierischen Nahrungsmitteln ausreichend thematisiert?
- **11. Frage:** Nachhaltigkeit in der Bildung:
- a) Sollen in allen wissenschaftlichen Disziplinen der Universität Innsbruck weitere Studienprogramme mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt etabliert werden?
- b) Sollen Nachhaltigkeitsaspekte in Kindergärten und Schulen altersentsprechend thematisiert werden?
- **12. Frage:** Bedrohung der grundrechtlichen Freiheit durch zu wenig Klimaschutz: Weniger ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen werden dazu führen, dass die nachfolgenden Generationen zu massiven Emissionsminderungen gezwungen werden, die fast alle Freiheiten massiv einschränken werden. Unsere Kinder und Enkel müssen sich dann nicht nur ein wenig einschränken, sondern sie werden sogar in ihrer grundrechtlichen Freiheit bedroht. Stimmen Sie dieser Aussage zu?